

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

11.8.1919 (No. 221)

Karlsruher Tagblatt

Verkaufspreis:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monatlich
1,90 RM, vierteljährlich
5,70 RM, an
den Abnehmern als
Sonderpreis monatlich
1,80 RM. Auswärts durch
die Post frei ins
Haus gebührt vier-
teljährlich 6,80 RM, Ein-
zelnummer 10 Pf.

Anzeiger:
Die Geis. Nonpareille-
zeile oder deren Raum
25 Pf., die kleine 1.20 RM.
Auf diese Preise
30% Feuerungsanlagens-
Rabatt nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortlicher:
Geis. Anstalt Nr. 203.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Solinger; für Baden, Württemberg, Elsaß und Lothringen: Dr. Kurt Petzsch; für die Redaktion: Dr. Kurt Petzsch, Friedenau, Poststraße 86/88. Fernschreib.-Amt Ulm 2602. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn vorher beauftragt ist.

116. Jahrg. Montag, den 11. August 1919 Nr. 221.

Die Restauration in Ungarn.

In dem von dem Kommunistenterror befreiten Budapest weht die alte Flagge des ungarischen Königreichs und, ein Habsburger, Erzherzog Josef, ist zum Verweser des Landes bestellt worden. Also der erste traurige Rückschlag gegen die Revolution, so meinen auch in Deutschland, wenigstens im kleinen Kreise viele ganz rechtsstehende Leute, die am liebsten schon morgen alles, was seit dem 9. November geschehen ist, gewaltsam in den Drosseln zurückgelassen sehen möchten.

Muß man auch in dieser Hinsicht vor politischer Gedankenlosigkeit und kurzfristigen Gefühlsäußerungen warnen? Was jetzt in Budapest geschehen ist, war keine republikanische und keine demokratische Regierung, sondern eine Verbücherei, die aus der Verwirrung und völligen Unfähigkeit des Grafen Karolyi Kapital schlug, als er durch Uebergabe an eine rabuläre Käterregierung einen letzten Widerstand gegen die äußeren Feinde, vor allem mit Unterstützung Senins zu schaffen glaubte. In kurzer Zeit hat diese Käterpublik nicht nur jähzornige Wut auf sich geladen, sondern das Land in einen wirtschaftlichen Trümmerhaufen verwandelt, der an Trostlosigkeit höchstens mit dem russischen verglichen werden kann.

Die letzte Schuld an der völligen Apathie der ungarischen Intellektuellen und des Bürgertums trägt aber die Entente, die durch ihre furchtbaren Friedensbedingungen jene, ja auch in Deutschland vorübergehend laut gewordene Stimmung schuf: besser Bolschewismus als Untertänigung. Jetzt sind die Ungarn aus dem furchterlichen Experiment erwacht. Und wieder steht die Entente vor ihnen, diesmal als der alleinige Retter und Schlichter, dem man alle Bedingungen und Wünsche ohne Zaudern erfüllen wird.

Die großen Alliierten hatten gar kein Interesse daran, kostspielige militärische Expeditionen zur rechtzeitigen Erlösung Ungarns von der kommunistischen Blutwirtschaft zu unternehmen. Sie besaßen sich auch nicht, den räumlichen Weidwärtigkeiten von Verhaft, die ihre schmutzigen Finger bis nach Budapest ausstreckten, in die Arme zu fallen.

Ungarn sollte eben erst völlig mürbe werden, um schließlich mit der Dankbarkeit der Ergebung die neue Ordnung und die neuen Gesetze von den Ententeherren entgegenzunehmen. Diese aber sehen sich jetzt ihrem Ziele, Ungarn in ihre wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu bringen, zunächst näher als je und denn gerade die alten monarchistischen Kreise, denen sie wieder zur Herrschaft verhelfen, werden nun gar keine Bedenken mehr tragen, ihre politischen Gesetze aus Paris und London zu empfangen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß diese monarchischen, nationalistischen Kreise von jeher sehr deutschfeindlich gewesen sind, und wenn Erzherzog Josef es früher persönlich nicht war, so wird er sich dieser — von der Entente genährten Stimmung künftig nicht entziehen können. Es wäre nach alledem also völlig falsch, eine Parallele zwischen der Entwicklung in Ungarn und in Deutschland ziehen zu wollen.

In Ungarn bestand eine bolschewistische Gewaltsherrschaft, die jetzt durch eine von der Entente geschicktesten Reaktion abgelöst wird, wodurch aber die ungarische Selbstständigkeit zunächst vernichtet wird; daß die Ungarn sich mit diesem Zustand nicht für immer abfinden werden, hängt aber ganz von den späteren unermesslichen Kämpfen zwischen den verschiedenen neuen Staatsgebilden in Südosteuropa ab. Diese Staaten haben eben auf einer viel jüngeren Entwicklungsstufe als das Deutsche Reich. Bei uns ist trotz aller Hese und trotz aller noch drohenden Gefahren ein Kommunistenterror ausgeschlossen, und wieviele Deutsche müßten eine Rückkehr der Monarchie unter den Bedingungen, wie sie sich vielleicht jetzt in Ungarn vollzieht?

Nein, wir müssen versuchen, aus eigener Kraft von schwerer Krankheit und Verwundung zu genesen. Wir dürfen nicht aus Enttäuschung Frühlös zwischen den Extremen eines revolutionären Radikalismus und der Reaktion pendeln, sondern müssen zielbewußt gegen alle Schwertigkeiten den uns durch ungeheures Erlebens gemiesenen neuen Weg einer gesunden, gemäßigten Demokratie ausbauen.

Nur so werden wir Einheit und Unabhängigkeit bewahren und allmählich neue Kraft gewinnen.

* Budapest, 9. Aug. (Wolff.) Laut Meldung des Uta. Kor.-Büro. wird in ganz Transdanubien die nationale Organisation emsiger betrieben, so daß es binnen Kurzem gelingen wird, die letzten dort bestehenden Bolschewistenreste unabhängig zu machen. Schrift Redar ist mit 2000 Mann und einigen Geschützen in Steinamauer einetroffen. In diesen Komitaten haben Offiziere die militärische Organisation der nationalen Kräfte in die Hand genommen, denen die rumänische Gedeckelung keine Schwierigkeiten in den Weg legt.

Budapest, 9. Aug. (U. A. B.) Von Seiten der Eszereckner Regierung ist auf Paul

Felcsy in Budapest angelangt, um in ihrem Auftrag sich über die Lage zu unterrichten. Er wurde bereits vom Erzherzog Josef empfangen und wird heute mit dem Ministerpräsidenten Friedrich eine Konferenz haben.

Franszösische Flammaderer.

Verailles, 9. Aug. Erzherzog Josef hat heute nicht in mehr die gute Presse von gestern. „Zeit Journal“ kennzeichnet den Ministerpräsidenten Friedrich, Professor Berger und General Schweitzer als Deutschfeinde, bzw. als Alldoische und sagt, daß es deshalb nicht weiter verwunderlich wäre, wenn der Erzherzog mit denartigen Mitarbeitern, deren reaktionäre Gesinnung offenkundig sei, sich nicht lange am Ruder erhalten könne. „Echo de

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Verailles, 9. Aug. Am 8. S. fanden in Versailles Besprechungen zwischen französischen und deutschen Vertretern über die Frage der Forderung von schwefelhaltigen Ammoniak, Teer und Benzol. Wegen der Forderung von Ammoniak, die alsbald beginnen wird, wurden Einzelheiten bereits vereinbart, wogegen die Forderung von Steinölteer und Benzol einzuwickeln noch zurückgestellt wurde. — Am 7. 8. vormittags und nachmittags fanden Besprechungen zwischen französischen, belgischen und deutschen Vertretern über die Frage der Forderung von Vieh und Pferden entsprechend § 6 des Anhangs IV zu Artikel 236 des Friedensvertrages statt. Über einen großen Teil der Fragen der technischen Durchführbarkeit wurde Einigkeit erzielt. Die deutschen Sachverständigen haben heute Versailles verlassen, um in Deutschland noch weitere Erhebungen ausstellen und die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. (Wolff)

Verailles, 10. Aug. (Wolff.) Die französische Deputiertenkammer ist gestern in die Ferien gegangen. Sie hat beschlossen, die parlamentarischen Arbeiten am 26. August mit der Beratung des Gesetzes über die Ratifizierung des Friedensvertrages zu beginnen. Auch der Senat hat gestern seine Arbeiten beendet.

Noch mehr Veröffentlichungen über Friedensverhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Bern, 11. Aug. Das „Journal de Genève“ veröffentlicht bis jetzt unbekannt Dokumente über Friedensverhandlungen, die im März 1918 zwischen den Grafen Törring, einem Vertreter der belgischen Regierungskreise, und dem belgischen Gesandten in der Schweiz, gefordert worden sind und die sich bis Ende August hinziehen. Danach soll Törring am 23. August dem Vertreter Belgiens mitgeteilt haben, daß die deutsche Regierung die Souveränität Belgiens wieder herzustellen und für die dortigen Schäden aufzukommen bereit wäre. Weiter soll Deutschland feierlich versprochen haben, dagegen an Belgien das Gebot zu richten, diese möge bei der Entente für Rückgabe der deutschen Kolonien vorstellig werden.

Die estnische Reaktion gegen England.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Stockholm, 11. Aug. Von auf unterrichteter Seite wird gemeldet: Das Reich von England, Estland unabhängig zu einer rein britischen Kolonie umzuwandeln, mußte früher oder später zu einem Scheitern verurteilt sein. In der jüngsten Sitzung des Reichsrates des estnischen Arbeiterverbandes wurde eine Entschließung angenommen, worin es heißt, daß die jetzige Regierung das estnische Arbeitervolk an die imperialistische Entente verkauft habe und daß Ende August sämtliche estnischen Arbeiterverbände in Bezug auf einen Kongress zusammenberufen werden sollen, um ein aktives Zusammengehen der Arbeiterkräfte und Bauernschaft den Bestrebungen der Entente gegenüber zu beschließen. Was unter diesem estnischen Zusammengehen zu verstehen ist, dürfte ebenfalls bereits feststehen, nämlich eine Orientierung nach Rußland, unter Umständen bereits sogar nach dem bolschewistischen Rußland.

Die Kriegsfolgen für die amerikanische Industrie.

Amsterdam, 9. Aug. Laut „Telegraaf“ meldet „Deilch Telegraph“ aus New York, daß den in New York veröffentlichten Nachrichten zufolge die Lage in der amerikanischen Industrie in der Folge der Arbeiterkämpfe der letzten Tage einen drohenden Charakter annehme und in gewisser Hinsicht ebenso ernst sei wie die industrielle Lage des vom Kriege heimgesuchten Europas. Unter den Staatsmännern in Washington herrsche eine sehr düstere Stimmung. Die meisten Mitglieder des Kongresses seien gegen eine Ratifizierung der Verträge. Wenn in Washington nicht ein grundlegender Umschwung in den Meinungen eintrete, werde den Forderungen der Arbeiter nicht entgegengekommen werden. Der Streik der Eisenbahnarbeiter, der die Folge der Ablehnung sein würde, würde das ganze Land in einen chaotischen Zustand versetzen.

Amsterdam, 9. Aug. (Wolff.) Laut „Telegraaf“ melden die „Times“ aus New York, daß in den letzten Tagen mehr als 50 000 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in den USA ausgetreten seien, ohne die Entscheidung über die Lohnforderungen abzuwarten. Wenn die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden sollten, so würde dies für die Bahnen eine Erhöhung der Betriebskosten um 800 000 000 Dollars bedeuten. Wilson hat den Arbeitern durch Vermittlung des Generaldirektors der Bahn mitteilen lassen, daß ihre Forderungen nicht erzwungen würden, bevor sie nicht die Autorität ihrer eigenen Vertreter anerkannt hätten, mit denen allein die Regierung verhandeln könne.

Amsterdam, 9. Aug. (Meuter.) meldet aus Washington, daß Wilson in einer Rede, die er im Kongress über die hohen Kosten des Lebens-

Paris“ bemerkt ebenfalls, der Erzherzog habe sich mit Franzosenfeinden und Deutschfeinden umgeben.

Die Rückwirkung der ungarischen Ereignisse auf Deutsch-Osterreich.

Wien, 10. Aug. (Wolff.) Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf des Reichsausschusses der Soldatenräte an die Arbeiter in Böhmen, worin die Reaktion unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn davor gewarnt wird, einen Aufruf an die deutsch-österreichische Republik zu versuchen. Jeder einzelne Arbeiter sei bereit, sein Leben für die Freiheit zu lassen. Zum Schluss heißt es: Soldaten, Arbeiter, seid einig, seid Euch der großen Gefahr bewußt und bereitet Euch zum Kampfe vor!

5. Berlin, 11. Aug. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die Ernährungsnotwendigkeiten, mit denen der Weltlieferant Amerika im eigenen Lande zu kämpfen habe, einen bedrohlichen Umfang angenommen habe.

5. Berlin, 11. Aug. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die Ernährungsnotwendigkeiten, mit denen der Weltlieferant Amerika im eigenen Lande zu kämpfen habe, einen bedrohlichen Umfang angenommen habe.

Die Kriegsfolgen für Australien.

Amsterdam, 9. Aug. Laut „Telegraaf“ melden die „Times“ aus Sidney, daß in allen Staaten Australiens die Fabriken die Arbeit einstellen müßten. Es herrsche ein heilloseres Lebensmittelmangel. Anfolge von Unterernährung könnten viele Menschen nicht arbeiten. Der Lebensmittelmangel in Neuguinea werde die Regierung wahrscheinlich dazu zwingen, 10 000 Einwohner zu entlassen und in die Wälder zurückzuführen, damit sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Die europäische Kohlennot.

5. Berlin, 11. Aug. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ sich melden läßt, müssen die Vereinigten Staaten Südamerika mit Kohlen versorgen und können wegen Schiffsmangel nicht mehr als höchstens 2 Millionen Tonnen monatlich liefern. Das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der europäischen Kohlennot bestehe in der Vermehrung der Kohlegewinnung in Europa, namentlich in Deutschland. Die europäische Kohlenkommission in Paris wird keine Rücksicht nehmen auf den Kohlenbedarf der deutschen Industrie und in erster Linie an die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten denken.

Paris, 10. Aug. (Wolff.) Nach dem „Reit Parisien“ hat die erste Sitzung des europäischen Kohlenausschusses stattgefunden, an der 10 Vertreter, größtenteils aus den Ländern der Alliierten teilnahmen. Man beschloß, Maßnahmen zur härteren Ausschüttung der Kohlengruben in Schottland und in den Gebieten von Telesien und Dombrowa zu prüfen.

Verailles, 10. Aug. (Wolff.) Der amerikanische Lebensmittellieferant Hoover hat gestern die Reise nach Polen und der Tschechoslowakei angetreten, um dort die Kohlenfrage zu studieren.

Schluß der Luzerner Sozialistenkonferenz.

Luzern, 10. Aug. (Wolff.) In der letzten Sitzung wurde über die politischen Richtlinien des Friedensvertrages und den Allierbündnis nach dem Vorhaben der Kommission beim der Generalresolution Louauekts abgestimmt. Die territorialen, wirtschaftlichen und kolonialen Fragen wurden von der Konferenz einstimmig an die Kommission des Kommissionsvorsitzenden anvertraut. Ueber eine Intervention in Rußland konnte der Konferenz nach lauten Kommissionsberichten, die sich über die ganze Woche hinweggezogen haben, schließlich ein einheitlicher Text vorzulegen werden. Die Konferenz protestiert gegen die militärischen und finanziellen Hilfeleistungen, die von den Entente-mächten der Generalresolution unter Rücksicht und Demut gewährt werden und fordert die nationalen Sektionen auf, die alliierten Regierungen zu warnen, ihre Truppen aus Rußland zurückzuführen. Schließlich wiederholte die Konferenz die Forderung auf Entsendung einer Untersuchungskommission nach Rußland. Nach einstimmiger Annahme einer Resolution zu Gunsten der Aesaka-naenen, in der die Sozialisten aller Länder aufgefordert werden, mit allen Mitteln auf die Regierung hinzuwirken, damit die Heimbeförderung der Gefangenen sofort beahnt, und nach Erledigung einer Anzahl von Entschärfungen über die Arbeiter der Konferenz beendete.

Gompers lehnt seine Deutschenhege fort.

Verailles, 9. Aug. (Wolff.) Der amerikanische Sozialist Gompers, der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Amsterdam in Paris einetroffen ist, hat sich von einem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ interviewen lassen. Er sagte aus, die deutschen Gewerkschaften hätten sich der Internationalen bedienem wollen; hätten aber nicht beabsichtigt, ihr an die Hand zu reichen, die Internationalen für die Interessen des deutschen Volkes ausbeuten zu können, um den Folgen des Krieges zu entgehen. Sie wollen sich weder als Besatzer noch als Schutzbefohlene betonen.

Preisabbau und Löhne.

Bei uns und in England.

Die starke Steigerung der Löhne und die anhaltenden Lohnkämpfe haben die deutsche Regierung veranlaßt, große Summen zur Ermäßigung der Lebensmittelpreise zur Verfügung zu stellen. Die Regierung hofft, daß, wenn erst die Preise der Lebensmittel wesentlich zurückgegangen sein werden, die Arbeiternehmer zum Mindesten von weiteren Lohnerhöhungs-forderungen Abstand nehmen werden. Eine andere Frage ist es freilich, ob es möglich sein wird, die Löhne nach Eintritt billiger Lebensmittelpreise zu ermäßigen. In früheren Jahren pflegte bei einem Rückgang der Preise in der Industrie das Lohnniveau allmählich eine Herabminderung zu erfahren. Wenn der Rohstoffpreiserzeuger und der Industrielle für ihre Fabrikate weniger erhalten, so können sie im allgemeinen auch nur niedrigere Löhne zahlen. Die Berechtigung dieser Auffassung, die auch in dem System der „gleitenden Lohnskala“ zum Ausdruck kommt, ist früher besonders in den Kreisen der englischen und amerikanischen Arbeiter, aber auch in den deutschen Arbeiterkreisen anerkannt worden. Die Organisationen der Unternehmer und die der Arbeiter trafen Abmachungen, daß unter Zugrundelegung eines bestimmten Normallohnes, der Lohnsatz in einem bestimmten Verhältnis ermäßigt werden sollte, wenn das Fabrikat im Preise zurückging. In den letzten Jahren während des Krieges ist aber das Prinzip der gleitenden Lohnskala überall aufgegeben worden.

Es ist nun bemerkenswert, daß jetzt in einzelnen englischen Industrien die gleitende Lohnskala wieder eingeführt worden ist. Eine interessante Entwicklung weist das Lohnabkommen auf, welches die Yorkshire Färberei-Industrie mit ihrer Arbeiterkraft abgeschlossen hat. Durch die Einführung einer gleitenden Lohnskala soll eine stetige Anpassung des Lohnes an die jeweiligen Kosten der Lebenshaltung erzielt werden, gleichgültig ob die Preise steigen oder fallen. Zugrunde gelegt wird die Indexzahl für ein Arbeiterhaushaltsbudget. Solange diese Indexzahl, welche gegenwärtig 120 v. H. beträgt, sich über 107 v. H. hält, bleiben die gegenwärtigen Löhne ohne Abzug in Geltung. Steht sich die Lebenshaltung zwischen 107 und 100 v. H., so wird der jeweilige Rückgang in voller Höhe vom Lohn in Abzug gebracht. Der neue Lohnsatz ist aber stets um 25 v. H. höher als der Vorkriegslohn. Diese Lohnregelung gewährt also den Arbeitern auf jeden Fall eine Aufbesserung ihrer früheren Lebensverhältnisse und strebt im übrigen an, eine allmähliche ersichtliche angestrebte Anpassung an die jeweiligen Preisverhältnisse zu erzielen. Die Lancashire Bleichereien haben ein ähnliches Lohnsystem eingeführt. Die Fortschritte dieses Abkommens liegen darin, daß eine Anpassung nicht nur an steigenden, sondern auch fallenden Preisen erstrebt wird. Gegenwärtig ist in England der „Wages Temporary Regulation Act“ noch in Kraft, und solange er gilt, d. h. bis zum 1. November, dürfen Lohnverabredungen nicht vorgenommen werden, es sei denn, durch gegenseitige Lohnabkommen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn bis dahin wesentliche Verbesserungen der Lebenshaltung eingetreten sind, die englische Industrie allgemein eine Herabsetzung der Arbeitslöhne fordern wird und muß.

Diese Erscheinung beweist, daß trotz der scharfen Lohnkämpfe, die auch England nicht erspart worden sind, der englische Arbeiter nicht verdrängt hat, daß er an dem Wohl und Wehe der Industrie stark interessiert ist. Der englische Arbeiter kämpft für eine Verkürzung der Arbeitszeit, er ist aber weit davon entfernt, irrationelle Produktionsmethoden zu verlangen, wie sie beispielsweise das Einstufensystem bedeutet, das die deutschen Arbeiter neuerdings in der Textilindustrie vielfach durchgesetzt haben. Um möglichst vielen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, wird jetzt von einem Arbeiter nur noch ein Weibstuhl bedient, während früher ein Arbeiter mindestens 2 bis 3 Weibstühle versorgte. Viele der deutschen Gewerkschaftsführer wollen an diesem irrationalen System dauernd festhalten, während die englischen und amerikanischen Arbeiter eine derartige Maßregel als verwerflich für die Leistungsfähigkeit der Industrie ablehnen.

Die Frage der Arbeitslöhne im Falle eines wesentlichen Rückganges der Preise sowie der Abschaffung irrationaler Arbeitsmethoden wird auch in Deutschland früher oder später einer Lösung entgegengeführt werden müssen, sonst wird die deutsche Industrie dauernd wettbewerbsunfähig auf dem Weltmarkt sein.

Ein Aufruf an die Arbeiterräte.

Berlin, 10. Aug. (Wolff.) Der Zentralrat der sozialdemokratischen Republik, gez. Cohe, erklärt an die Arbeiterräte der deutschen Republik folgenden Aufruf:
Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages ist die Bestimmung über den Wiederaufbau der in Frankreich und Belgien zerstörten Gebiete. Von der Art ihrer Ausführung hängt Vorherbedeutendes ab für das zukünftige Geschick unseres deutschen Volkes. Die Lei-

frungen Deutschlands für den Wiederaufbau müssen in der Hauptsache in der Gestaltung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Jede andere Form, z. B. Bezahlung und übermäßige Lieferung von Rohmaterial würde katastrophale Folgen für unser Land haben. Es handelt sich also darum, daß die zahlreichen in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, die zum Teil ohne Beschäftigung sind, sich freiwillig für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Es ist natürlich, daß die Interessen der Arbeiter dabei nach jeder Seite hin gewahrt werden müssen. Unerfüllbare Forderungen aber, wie sie in letzter Zeit aufgetaucht sind, dürfen nicht gestellt werden. Sie würden die ohnehin verarmte Lage unseres Landes noch verzweifelter gestalten. Es darf nicht vergessen werden, daß wir bei allen den Wiederaufbau betreffenden Dingen nicht frei, sondern von der Entente abhängig sind und daß in allem eine vorherige Verständigung mit Frankreich erzielt werden muß. Sanft werden müssen die Verhandlungen der deutschen und französischen Gewerkschaften zu erzielen sein.

Aber auch für die Arbeiterräte der deutschen Republik liegt hier eine lösende Aufgabe vor. Sie müssen den deutschen Arbeitern sagen, daß Ungehorsam von der richtigen Erledigung dieser Angelegenheit abhängt. Sie müssen ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht dient für die deutschen und französischen Kapitalisten, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung. Jede privatkapitalistische Form bei dieser Wiederaufbauarbeit befähigen zu wollen, wäre ein nutzloses Beginnen und absolut unmöglich. Vergessen wir nicht, daß es schnell zu handeln gilt und die neue Form, bei der der Privatunternehmer vollkommen ausgeschaltet werden sollen, im Augenblick gar nicht existiert. Der Wiederaufbau Frankreichs ist ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, ja noch mehr ein gemeinsames europäisches. Das müssen die deutschen Arbeiter einsehen und danach handeln. Dann wird die Frucht des Wiederaufbaus eine Annäherung des deutschen und französischen Volkes sein und die deutschen Arbeiter werden von sich sagen dürfen, daß ihnen das Hauptverdienst an diesem Ergebnis zu danken ist.

Der Reichsrat richtet aber an alle Arbeiterräte die dringende Appell im Sinne dieses Aufrufs tätig zu sein und mit dazu beizutragen, daß der deutschen Republik aus der Wiederherstellung dieser ausbleibenden Friedensbedingung kein neuer unheilvoller Schaden erwächst.

Ein Erlaß an die preussischen Eisenbahner.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat folgenden Erlaß an die Beamtenchaft der preussischen und hessischen Staatsbahnen erlassen:

Wie verlautet, ist am 6. 7. ein mitteldeutscher Bloß geschaffen worden, um die Demokratisierung der Eisenbahnenverwaltung zu erzwingen. Diesem Bloß sind die Bezirke Kassel, Götting, Halle und Magdeburg beigetreten. Als Kampfmittel wird neben ständiger Bearbeitung der Presse die Schaffung einer Organisation bezeichnet, die der Bundesleitung als „Schlagfertige Waffe“ dienen soll. Eine Organisation soll vor allem die Propaganda des Streiks unter der Eisenbahnbeamtenchaft betreiben. Es heißt in dem Programm wörtlich: „Eine Streikorganisation ist durchzuführen. Die Namen der Beteiligten sind gegenseitig auszu-tauschen. Regelmäßige Zusammenkünfte der Streik-leitungen sind zu vereinbaren, um im nächsten Benehmen eine schlagfertige Organisation bis zum 1. 9. 19 zu schaffen.“

Diese Propaganda des Streiks in der Eisenbahnbeamtenchaft ist im jetzigen Augenblick ein Verbrechen an dem deutschen Volke. Jedem Einzelnen steht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens vor Augen. Dazu kommt die bevorstehende Lage der Kohlenversorgung und die Befürchtung, daß die Verhältnisse sich im Winter noch erheblich verschlechtern werden. Diese Katastrophen müssen besonders den Eisenbahnbeamten klar sein, der infolge der Tätigkeit die Entwicklung des Wirtschaftslebens genau verfolgen kann. Jeder Eisenbahnbeamte kennt auch die schwierige Lage, mit der die Eisenbahnen augenblicklich kämpfen. Alle diese Umstände müssen in jedem von ihnen die Überzeugung von dem Ernst der Lage im Eisenbahnenwesen befestigen. Wenn in solchen Augenblicken eine kleine Anzahl von Beamten eine Organisation schaffen will und den Streik zur Durchsetzung persönlicher Wünsche proklamiert, so ist das in der Tat aus sich selbst zu verurteilen. Ich bin überzeugt davon, daß die weitest überwiegende Zahl der Eisenbahnbeamten diesen Vorhaben fremd und voll Mißgun gegenübersteht. Ich weiß, ich brauche den Beamten von den Vätern dieses Volkes nur Mitteilung zu machen: die Empörung über solches Vorgehen, das unser Wirtschaftsleben neuerlich schwer erschüttern würde, wird auch in ihnen lodern!

Diejenigen, die hier eine Streikorganisation schaffen wollen, die als Werkzeug in ihrer Hand jederzeit loszuschlagen bereit sind, gefährden die staatsrechtliche Stellung der Beamten aufs schwerste! Denn wenn Beamte selbst die Pflichten verlieren, die sich aus ihrer staatsrechtlichen Stellung ergeben, so gefährden sie dadurch ihre Stellung selbst. Das Vorgehen jener Beamten ist eine Verletzung der elementarsten Beamtenpflichten. Es gefährdet die Rechte der gesamten Beamtenchaft, die die abnungswürdigen Bedenken aufzuheben, und ist ein Verbrechen gegen die deutsche Wirtschaft und damit gegen unser gesamtes Volk.

Ich darf keinen Zweifel darüber lassen und weiß mich darin einig mit der Staatsregierung, daß die Fortsetzung dieser Pläne und jede Beteiligung an der Streikorganisation an den schuldigen Beamten mit den gesetzlichen Strafen geahndet werden wird. Ich richte deshalb hiermit die erste Mahnung an jeden Beamten, sich von solcher Streikorganisation fernzuhalten, und erwarte von dem gefunden Sinn der Eisenbahnbeamten, daß sie die Erkenntnis von der Verwerflichkeit ihres Unternehmens in alle Kreise der Beamten tragen werden. Sie erfüllen damit nicht nur ihre Pflicht, sondern sie tun, was ihrer Person, dem ganzen Staat und dem gesamten deutschen Volke allein helfen kann, über die schwere Zeit der Gegenwart hinwegzukommen.

Das niedergebrosene, aus tausend Wunden blutende Vaterland bedarf zu seiner Wiederaufrichtung in einem anderen Maße die Treue der Beamtenchaft, als vor dem unglücklichen Kriege. Nur wer so denkt, der den sozialen Geist erfaßt. Soziale Werte bedürfen nicht sich vorzustellen, sondern dem großen Gansen dienen.

Beisprechungen mit dem Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamter.

Berlin, 11. Aug. (Waff.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hatte am 10. August der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten mit dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten eine Beisprechung über den Erlaß an die Eisenbahnbeamtenchaft. In ihm wurde vom Vorstand und einem Vertreter der Erfurter Bundesbeiratsleitung berichtet,

daß am 8. August die Erfurter Bundesbeiratsleitung die Erläuterung abgab, die sich künftig auf jeden Fall den Weisungen und der Leitung der Reichsleitung der Gewerkschaften zu fügen. Die Bundesleitung übernehme die Gewähr dafür, daß von Erfurt keine Sonderstratagemen unternommen oder gefördert werde. Der Erfurter Vertreter erklärte aus seinerseits, daß von Erfurt ohne Einverständnis der zentralen Bundesleitung ein Streik weder provoziert noch erklärt werden solle. Der Minister stellte fest, daß der Erlaß des Reichsbeirats der Beamten an sich durch seinen Inhalt keine grundsätzliche Stellung angenommen sei. Der Erlaß habe vielmehr die Eisenbahnbeamtenchaft über das Verweilen der Verhandlungen eines Verbotstreites in der letzten ersten Zeit auflösen sollen. Einemotus sei die Bestätigung der Organisation durch den Erlaß inwiefern behindert.

Die deutsche Republik. Die Reichsregierung zur Noilage der Kriegsbeschädigten.

Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung am Samstag auf die vom Reichsverband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erhobenen Forderungen auf Bewilligung außerordentlicher Unterstützungen folgenden Beschluß gefaßt:

Die vom Reichsverband der Reichsregierung unterbreiteten Forderungen zur Behebung der Noilage der Kriegshinterbliebenen belaufen sich allein auf 500 Millionen Mark für die einmaligen Unterstützungen und für die geordneten Zuschläge für das Jahr 1919. Wie die Reichsregierung, die den ernstlichen Willen auch durch die Tat bezeugt hat, die unbetriene Noilage der Kriegshinterbliebenen zum leicht zu beheben, so muß sie diesmal die Bitte der Gesamttheit des Volkes und damit auch die der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, ernstlich prüfen, ob die erhobenen Forderungen jetzt erfüllbar sind. Der Reichsregierung stehen außer den Mitteln, die bereits bewilligt sind (also auch im besonderen außer den am 27. April bewilligten 300 Millionen Mark), weitere Mittel z. B. nicht zur Verfügung, da die gesetzgebenden Körperschaften diese nicht bereitgestellt haben. Die Reichsregierung wird jedoch bei den gesetzgebenden Körperschaften für den am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Reichshaushaltplan die Einstellung ausreichender Mittel erwirken, die in Sonderheit zur Behebung der Noilage bedürftiger Kriegshinterbliebener, im besonderen unbemittelter Witwen mit Kindern, dienen sollen. Die Reichsregierung verfolgt das Ziel, alle verfügbaren Mittel zur Behebung der Noilage der unbemittelten Bevölkerung anzuwenden. Deshalb sind unter weitausgehender Beteiligung des Reiches 1/2 Milliarden Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise zur Verfügung gestellt worden. Auch hat das Reich Maßnahmen zur Aufhebung der verfügbaren Meierhöfe an die unbemittelte Bevölkerung mit Hilfe der Lieferungsverträge getroffen. Diese Maßnahmen kommen auch den bedürftigen Kriegshinterbliebenen zu gute. Die kommende Steuererhebung kann erst die Möglichkeit geben, einer nach sozialen Grundfragen aufzubauenden Versorgungsangelegenheit näher zu treten. Nur das gesamte Volk kann durch seine Arbeit die Mittel schaffen, um gerechtigtete Wünsche der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu erfüllen.

Die gesammelten Dokumente mit der ausführlichen Begründung, wie die Weisung in seinen Vorträgen und Ausführungen abt, erreichen die Mitte August in einer von Weisung selbst bearbeiteten Ausgabe in Buchform zum Preise von etwa 5 Mk. im Verlag „Gewerkschaft und Gewerkschaft“, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Das Werk enthält u. a. alle einschlägigen Reden Weisungs in der Nationalversammlung, vor Interessenten und Organisationsleiter, auf dem sozialdemokratischen Parteitag usw., ferner die viel erörterten Denkschriften, das Wirtschaftsprogramm, nebst ausführlichen persönlichen Kommentaren Weisungs. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Weisungs Rolle noch nicht ausgeschöpft ist und insbesondere die Grundgedanken seiner „Wirtschaftslehre“ eine gewisse Bedeutung behalten werden für alle politisch und wirtschaftlich interessierten Kreise.

Rückkehr des Kunsts Pacelli nach München.

Der Münchener Anwalt Pacelli, der sich anlässlich der parlamentarischen Urteile in München nach der Schweiz begeben hatte, traf am 8. August nach München zurück.

Bayern und Koburg. (Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 11. Aug. Die sozialdemokratische Mehrheit der Landesversammlung in Koburg beschloß, die Wollschablonen in m. n. g. über den Anschlag Koburgs an Bayern auf den 28. September festzusetzen. Bei der Entscheidung über das Gesetz abstrahieren die demokratischen Abgeordneten und der sozialdemokratische Abgeordnete Müngler, so daß die Abstimmung wiederholt werden muß.

Die Lage in Chemnitz. Milderung des Belagerungszustandes in Chemnitz.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) c. Dresden, 11. Aug. Gestern fanden hier Verhandlungen statt zwischen dem Militärminister, zwei Reichswehrgeneralen und einer Abordnung Chemnitzer Arbeiter. Man kam darin überein, den verwickeltesten Belagerungszustand abzumildern, keine Beschießungen einzuleiten, wenn es der Chemnitzer Arbeiterorganisation gelinge, Ruhe und Ordnung herzustellen, doch sollen die Vorarbeiten in der letzten Tagen strenge unterzucht und die Ruhe unbedingt herzustellen werden.

Der Sonntag in Chemnitz. (Eigener Drahtbericht.)

5. Chemnitz, 11. Aug. Der Sonntag ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die zuerst gemeldeten Angaben über die Zahl der Opfer haben sich nicht bestätigt. Die Zahl der Todesopfer beträgt 25. Der Arbeiterrat des Industriebezirks Chemnitz richtete an die Chemnitzer Bevölkerung einen Aufruf, in dem er alle Regionen, die sich im Besitze von Waffen befinden, auffordert, diese sofort abzugeben, ebenso soll alles bei den Unruhen fortgeführte Gezeugsut wieder abgeliefert werden.

Deutsche Nationalversammlung. Weimar, 9. August.

Präsident Feilerbach eröffnete die Sitzung um 8.20 Uhr. Fortsetzung der ersten Beratung des Elektrizitätsgesetzes.

Abg. Rahmann (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz und hoffen, daß ähnliche Maßnahmen auf Kohlen- und Wasserkraft ausgedehnt werden. Das Gesetz bedeutet eine wirtschaftliche Wiedergeburt der Lage, daß die Regierung sich zwingen vor den Kapitalismus stelle. Reider umfaßt das Gesetz nur die Anlagen,

die größer als 50 000 Volt sind. Wir hoffen aber, daß das Reich von der durch den § 5 der Vorlage gegebenen Gelegenheit, auch kleinere Gesellschaften zu sozialisieren, Gebrauch macht. Das Gesetz bringt nicht die volle Sozialisierung; sie ist auch mit einem Entschluß nicht möglich. Nach dem § 1 der Vorlage werden von den 400 Werken nur 200 sozialisiert. Über diese 200 Werke schreien 74 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung. Sie sind mit ihren Anlagen völlig, auch den Rest der 26 Prozent zu leisten.

Abg. Reich (Ztr.): Die Stärke des Entwurfes liegt auf volkswirtschaftlichen, nicht auf finanziellen Gebieten, wie der Vorredner meint. Dasselbe wird mehr oder weniger bei allen Sozialisierungen der Fall sein, da die einen größeren Eingriff in die Struktur und Freiheit des volkswirtschaftlichen Lebens bedeuten. Die Vorlage soll nicht etwa das Vorbild für weitere Sozialisierungen im Kolonialgebiet. Erreicherung hat man von einer schroffen Sozialisierung Abstand und diese nur als äußerstes Mittel in Aussicht genommen. Wir beantragen Überweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Wieland (Dem.): Mit dem Ziel der Vorlage, an die Stelle der bisherigen Verteilung eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft zu setzen, sind meine politischen Freunde vollständig einverstanden. Nur haben sie schwere Bedenken, ob der hier vorgeschlagene Weg zum Ziele führt. Zunächst scheint uns die vorgesehene Entschädigung völlig ungenügend. Im übrigen scheint uns die Begründung des Gesetzes etwas mager ausgefallen zu sein. Ein Moment, das unbedingt verteuert werden muß, ist die vorgesehene Finanzierung. Der einen Milliarde, die man einstreifen in Aussicht genommen, werden noch verschiedene andere Milliarden folgen müssen. Das bedeutet wiederum eine unermessliche Belastung des Anleiheamtes. Meine politischen Freunde würden es für richtiger halten, einen gemäßigten wirtschaftlichen Betrieb in Gestalt einer Staatsgesellschaft zu errichten. Das Reich würde dadurch finanziell entlastet. Es würde keine Erweiterung des reichseigenen Betriebes eintreten. Was für die jetzige Finanzlage unseres Reiches außerordentlich wichtig ist, der Anleihemarkt brauche nicht weiter belastet zu werden. Das Ziel, das man in dieser Vorlage erstrebt, würde rascher und sicherer erreicht und die Sozialisierung würde viel rascher und gründlicher durchgeführt werden können. Unser ganzer Wirtschaftsvorwurf ist frant und ist ein absolut unausweichliches Objekt für Experimente wie diese Vorlage. Eine genaue und gründliche Prüfung der Vorlage in der Kommission ist dringend erforderlich.

Minister Meiner: Es ist zurzeit durchaus noch nicht zu übersehen, in welchem Umfange die eine Milliarde des Entwurfes zur Erwerbung privatrechtlicher Unternehmungen gebraucht werden wird, es wird reichlich soviel übrig bleiben, um den Bedarf des Reiches zum Bau von Stromanlagen in den nächsten Jahren zu sichern. Die Einwürfe des Abg. Wieland richten sich fast ausschließlich gegen den ersten, hier nicht mehr vorliegenden Vorentwurf. Die rechtlichen Fragen, die der Vorredner gestreift hat, werden besser der Ausdrache im Ausschuss vorbehalten.

Abg. Wiener (D.N.): Unsere Fraktion erklärt in dem Entwurf eine Maßnahme von ungeheurer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Um so weniger angebracht wäre eine überhastete Beratung. Im Lande wird jetzt schon eine gewisse Unzufriedenheit in der Gesetzgebung der Nationalversammlung über bemerkt. Die Wirtschaftlichkeit eines Werkes beginnt allerdings erst bei genügender Abgabe von Strom, so daß tatsächlich eine Reihe kleinerer Kraftwerke unwirtschaftlich arbeiten. Dieser Umstand aber kann überbunden werden, wenn den kleineren Werken von den größeren der Strom geliefert wird. Das Reich muß aber auch eine gewisse Preispolitik gegenüber den Abnehmern in die Wege leiten. Der Kraftstrom muß zu mäßigen Preisen geliefert werden. Daran haben nicht nur Handwerker und Kleinbetriebe, sondern auch die Großindustrie ungeheures Interesse. Wollig vermissen wir einen Finanzplan. Wir müssen doch durchaus Klarheit darüber haben, welche Aufwendungen in den nächsten Jahren insgesamt zu erwarten sind. Zu dieser Schwäche des Entwurfes tritt die andere, daß er über die Verhältnisse zu den Gemeinden, insbesondere zu den Großstädten, keine Klarheit schafft. Offenlich wird die Regierung im Ausschuss unsere Befürmnisse zerstreuen, so daß mir die Vorlage zum Allgemeinwohl schließlich in die Tat umgesetzt können.

Abg. Roenen (U.S.P.): Eine Verstaatlichung ist noch keine Sozialisierung. Auch bei diesem Gesetzentwurf sind die Begriffe Staatskapitalismus und Sozialisierung wieder miteinander verwechselt. Der Gesetzentwurf bringt lediglich eine Verstaatlichung mehrerer Großbetriebe, dem in der Überschrift des Entwurfes die Etikette „Sozialisierung“ aufgelegt ist. Selbst die Verstaatlichung ist nicht vollständig durchgeführt, sondern die Beteiligung des Privatrechts beibehalten und damit auch die Ausbeutung der Arbeiterschaft für privatrechtliche Interessen. Das läuft auf eine indirekte Besteuerung hinaus, wie sie der Reichsfinanzminister zur Dedung des ungeheuren Geldbedarfs des Reiches auch für andere Gebiete vorgeplant hat. Selbst wo in dem Entwurf ein Anlauf zur Sozialisierung versucht wird, wird er wieder verhindert. Das Gesetz geht mit einer Schonung des Privatrechts vor, der nicht überboten werden kann. Wir werden im Ausschuss dahin zu wirken versuchen, daß als erste Etappe zur wirtschaftlichen Sozialisierung wenigstens das Reichsmonopol gestrichelt wird.

Abg. Weidmann (D.S.P.): Der Gedanke des Entwurfes ist uns neu. Bedauerlicherweise soll er nun in einer Zeit fruchtbarer Teuerung durchgeführt werden. Seinem Grundgedanken stehen wir durchaus sympathisch gegenüber. Democh müssen wir unsere Zustimmung von der Erledigung verschiedener Bestimmungen abhängig machen. Wenn zum Beispiel Anlagen, die mit Elektrizitätswerten zusammenhängen, sozialisiert werden sollen, so schafft das eine unethische Rechtsunsicherheit. Auch die Entscheidungsfähigkeit sind nach einzuweisen noch recht unklare Grundfragen alsu fänglich bemessen. Alles in allem dürfen wir nicht vergessen: Wir leben in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage rapid abwärtsgeht, und gehen einer noch trostloseren Zukunft entgegen. So müssen wir alle Ausgaben für Anlagen vermeiden, die, wie in der Begründung selbst gesagt wird, sich erst in ferner Zeit rentieren. Mit größtem Bedenken stehen wir dem in Aussicht gestellten Gesetzentwurf gegenüber, in dem der sozialistische Gedanke festgelegt werden soll. Einen Einbruch werden wir dagegen nicht erleben. Auf keinen Fall darf die freie Betätigung der freien Kräfte des Einzelnen unmöglich gemacht werden. Licht und Kraft muß jedem Deutschen zum billigen Preise zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: 2. Lesung der indirekten Steuern; 1. Lesung des Reichsnotverordnungs- und des Reichsabgabenordnung.

Das Betriebsrätegesetz.

Das künftige, nun im Entwurf veröffentlichte Betriebsrätegesetz tritt an die Stelle von den Arbeitern und Angestellten auszufüllen handelnden Ausschüssen der Verordnung vom 28. Dezember 1918. Die alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden beseitigt. Der einheitliche Betriebsrat setzt sich zusammen aus Arbeitern und Angestelltengruppen. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes entsprechend ihrem Zahlenverhältnis nach den Grundfragen der Verhältnismäßigkeit gewählt.

Das Gesetz gilt für alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts im weitesten Sinne. Es umfaßt die Landwirtschaft, den Handel, das Gewerbe und auch die freien Berufe. Ausgenommen ist nur die See- und Binnenwasserfahrt, die einer besonderen Regelung bedarf. Ein Betriebsrat ist in jedem Betriebe, der mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, zu bilden. Für Betriebe von 5 bis 20 Arbeitern ist die Wahl von Obmannen vorzuschlagen, die die gleichen Pflichten und Rechte haben wie der Betriebsrat mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen. Für die einzelnen Abteilungen ist die Bildung von Abteilungsbeiräten vorgesehen, aus denen der Gesamtbetriebsrat zu errichten ist. Die großen staatlichen Unternehmungen, besonders die Reichsanstalten erhalten ein von der unteren Stelle bis zur Spitze sich gliederndes System von Räten.

Das aktive Wahlrecht beträgt 18 Jahre, das passive 20 Jahre. Die Wählbarkeit erfordert ferner eine sechsmonatige Betriebs- und eine dreijährige Gewerkschaftzugehörigkeit. Für die Möglichkeit der Zusammenberufung fünftiger Beiratsmitglieder mit den Betriebsräten ist Sorge getragen. Die Wahlperiode des Betriebsrates beträgt ein Jahr, doch kann eine frühere Überberufung durch eine qualifizierte Mehrheit erfolgen.

Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie sind die Organe für die Durchführung der Tarifverträge, mangels solcher, für die in Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber die vollständige Regelung aller Arbeitsverhältnisse; sie setzen zusammen mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung fest, haben das Einverständnis unter der Arbeiterschaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und sollen in Streitfällen für gerechte und geheime Abstimmungen sorgen. Die Vorkaufsrechte in richtungen verpackt künftig der Betriebsrat zusammen mit dem Arbeitgeber.

Schließlich hat dieser das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen sein Einpruch, soweit nicht die Entlassung aus einem wichtigen Grunde fruchtlos ergeht, den Arbeitgeber zu Verhandlungen nötigt. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet endgültig der Schlichtungsausschuss, der auch in den übrigen für den ganzen sozialen Aufgabenkreis die Schlichtung ist. Unter den wirtschaftlichen Funktionen des Betriebsrates seien erwähnt: er hat die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um so mit ihr einen möglichst hohen Stand der Produktion und für mögliche Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistung zu sorgen. In die mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen entfaltet er 1 bis 2 seiner Mitglieder nach einem besonderen, noch zu erlassenden Gesetz.

Er hat ein Recht darauf, Aufschluß über alle die Arbeitnehmerchaft betreffenden Betriebsorgane, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. Insbesondere kann er die Vorlage von Lohnbüchern, Informationen über die Leistungen des Betriebes und über den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen. In Unternehmungen, die Staatsbetriebe führen und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. Jan. 1920 ab jährlich die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. Die Mitglieder des Betriebsrates sind durch Strafbestimmungen gegen Benachteiligungen geschützt. Auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen oder versetzt werden, vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigen Gründen. Die Geheimhaltung der dem Betriebsrat mitgeteilten Geschäftsgeheimnisse ist durch Strafvorschriften gesichert.

Auf eine weitere Rätegesetzgebung, die über die Betriebsräte hinaus Arbeiter- und Betriebsräte schaffen soll, ist in dem Gesetz, das somit die untere Stufe des Räte-systems darstellt, mehrfach Rücksicht genommen worden.

Badische Politik. Von der Schweizer Grenze.

Das „Journal de Geneve“ bepricht die Bestrebungen der benachbarten badischen Gemeinden um Vereinigung mit der Schweiz und hält es für Pflicht der Schweizer, diese zu ihnen strebenden Nachbarn mit offenen Armen zu empfangen. „Zürcherer Post“ bemerkt dazu: Die guten Leute kommen zu spät; denn die Sache ist erledigt. Im Artikel 27 der Friedensbedingungen für Deutschland heißt es: Die Grenzen Deutschlands werden wie folgt bestimmt: ... Gegen die Schweiz: die gegenwärtige Grenze. ... Da ist nichts mehr zu machen. Im Weiteren befaßt die „Zürcherer Post“ den Anschlag, vielleicht ist den Turgauern eine Vergrößerung des Kantons Schwyz nicht unangenehm. Das „Schaffhauser Tagblatt“ glaubt dagegen, daß in der Anschlagfrage vor allem das Interesse der zunächst interessierten schweizerischen Grenzbevölkerung maßgebend sein soll. Wo bei Birsingen und Altleiningen die Schweizer, bei Basel am Berg die Bänder und St. Gallen. Die Grenzregulierungsfrage ist übrigens schon vor dem Kriege von der schweizerischen Regierung studiert worden. Man habe danach getrachtet, eine Verbesserung der Grenze in vollem Einverständnis mit der Gemeinde Baden und dem Reich zu erwirken. Das „Schaffh. Tagbl.“ schreibt: „Es ist ein Glück, daß der Friedensvertrag noch nichts entschieden hat: Die Amerigon ist tot, es lebe die Grenzvereinbarung.“

Zum Sozialdemokratischen Parteitag.

Der Sozialdemokratische Verein Etlingen hat beschlossen, bei dem im September in Karlsruhe stattfindenden Parteitag den Antrags zu stellen, die sozialdemokratische Landesorganisation möge unverzüglich dahin wirken, daß die Ausgestaltung des Reichsplans der Sozialdemokratie in freibühnen Sinne sofort in Angriff genommen und ausgearbeitet wird. Insbesondere sei die unbedinante Umarbeitung des Reichsplans erforderlich.

Nus Baden.

Der Abbau der Lebensmittelpreisbewirtschaftung. Der Einlauf südwestdeutscher Städte G. m. b. H. (Städteeinlauf), Eitz Mannheim, hat, wie bereits gemeldet, in einer Generalversammlung seine Auflösung beschlossen, da eine Notwendigkeit für die Fortdauer der Gesellschaft nicht mehr vorhanden ist. Die Aufgaben des Städte einlaufs, einer Gründung badischer, präsidialer und bestischer Städte,

